

# Inhaltsübersicht

Kapitel 1: Einführung .....	1
Kapitel 2: SGB IX und BGG im Geltungsbereich der Jobcenter .....	41
Kapitel 3: Behinderung als Rechtsbegriff unter besonderer Würdigung und Betrachtung des § 2 SGB IX sowie des § 19 SGB III .....	53
Kapitel 4: Grundsicherung für Arbeitsuchende .....	99
Kapitel 5: Historische und rechtliche Grundlagen der Trägerschaft bei Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben für behinderte Leistungsberechtigte in der Grundsicherung für Arbeitsuchende .....	139
Kapitel 6: Leistungsberechtigung für Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende .....	175
Kapitel 7: Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach SGB II unter besonderer Berücksichtigung behinderter Menschen .....	231
Kapitel 8: Leistungen zur Eingliederung in Arbeit unter besonderer Berücksichtigung der Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben für behinderte Leistungsberechtigte .....	291
Kapitel 9: Besonderheiten des Verwaltungsverfahrens bei Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben für behinderte Menschen in der Grundsicherung für Arbeitsuchende .....	325
Kapitel 10: Resümee .....	475

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	VII
Inhaltsübersicht .....	IX
Abkürzungsverzeichnis.....	XXXIV

<b>Kapitel 1: Einführung .....</b>	<b>1</b>
A. Relevanz und Hintergrund der Thematik.....	1
I. Behinderte Menschen in der Gesellschaft respektive im Erwerbsleben .....	1
II. Hemmnisse bei der Integration von behinderten Menschen in das Erwerbsleben .....	4
III. Institutionalisierte Reaktion auf die Hemmnisse bei der Integration – aktive und passive Leistungen .....	6
IV. Aktualität der Thematik .....	10
V. Zielsetzung.....	13
B. Forschungsgegenstand und Methodik .....	13
I. Forschungsstand.....	13
II. Forschungsgegenstand und thematische Eingrenzung .....	15
1. Gegenstand der Forschung .....	15
2. Thematische Eingrenzung .....	15
III. Leitende Forschungsfragen.....	16
1. Gelten die Regelungen des SGB IX und des Behinderten-gleichstellungsgesetzes (BGG) auch für behinderte Menschen im Rechtskreis SGB II, obwohl die Jobcenter keine Rehabilitationsträger sind? .....	17
2. Ist die Behinderung als Rechtsbegriff für die Grundsicherung für Arbeitsuchende verbindlich? .....	17
3. Ist das Vorliegen einer Behinderung ein Ausschlusskriterium für eine Leistungsberechtigung in der Grundsicherung für Arbeitsuchende? .....	18
4. Sieht das Sozialgesetzbuch II behinderungsspezifische Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts vor? .....	18
5. Sieht das SGB II Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben für behinderte erwerbsfähige Leistungsberechtigte vor? .....	19
6. Ergeben sich Schnittstellenprobleme bzw. Anwendungs-fragen im Verwaltungsverfahren einer beruflichen Rehabilitation aufgrund der geteilten Trägerschaft? .....	19
IV. Methodik .....	19

V. Gang der Arbeit.....	20
C. Untergesetzliche Regelungsinstrumente und deren	
Rechtsverbindlichkeit .....	23
I. 'Fachliche Hinweise' bzw. 'Fachliche Weisungen' der Agentur für	
Arbeit.....	23
II. Empfehlungen des Deutschen Vereins zur Gewährung von	
Krankenkostenzulagen in der Sozialhilfe vom 10.12.2014.....	26
III. Das Hilfsmittelverzeichnis – § 139 SGB V .....	28
IV. Die gemeinsamen Empfehlungen – § 26 SGB IX .....	29
1. Geltungsbereich.....	29
2. Rechtscharakter.....	29
V. Verordnung zur Berechnung von Einkommen sowie zur	
Nichtberücksichtigung von Einkommen und Vermögen beim	
Bürgergeld (Bürgergeld-V) .....	31
VI. Die Erreichbarkeitsanordnung (EAO).....	33
VII. Das Sachverständigengutachten .....	33
VIII. Zwischenergebnis von Unterabschnitt C.....	34
D. Einzelfallbezogene Gestaltungsinstrumente für rehabilitations- und	
eingliederungsbedingtes Verwaltungshandeln und deren	
Rechtsverbindlichkeit .....	35
I. Die Eingliederungsvereinbarung – § 15 SGB II.....	35
II. Der Teilhabeplan – § 19 SGB IX .....	38
III. Zwischenergebnis von Unterabschnitt D.....	39
<b>Kapitel 2: SGB IX und BGG im Geltungsbereich der Jobcenter .....</b>	<b>41</b>
A. Anwendbarkeit des BGG.....	41
I. Entstehungsgeschichte eines	
Behindertengleichstellungsgesetzes .....	41
II. Grundsätzlicher Regelungsgehalt .....	42
III. Geltungsbereich des BGG – § 1 Abs. 1 i.V.m. Abs. 1a, Abs. 2	
S. 2 BGG.....	43
IV. Geltung des BGG für die Jobcenter .....	44
V. Regelungsgehalt des BGG – ein Überblick.....	45
VI. Zwischenergebnis .....	45
B. Anwendbarkeit des SGB IX.....	46
I. Bindung des Trägers der Grundsicherung für Arbeitsuchende	
an die Regelungen des SGB IX .....	46
1. Bezugspunkt Wortlaut.....	48

2. Bezugspunkt Systematik.....	48
3. Anforderungen aus der Historie .....	49
4. Teleologische Anforderungen .....	50
5. Zwischenergebnis und Würdigung.....	50
II. Bedeutung für den Fortgang der nachfolgenden Arbeit .....	50
C. Zusammenfassung Kapitel 2.....	52
<b>Kapitel 3: Behinderung als Rechtsbegriff unter besonderer Würdigung und Betrachtung des § 2 SGB IX sowie des § 19 SGB III.....</b>	<b>53</b>
A. Der Terminus Behinderung außerhalb des SGB III und SGB IX .....	53
I. Völkerrechtliche Bestimmungen.....	54
1. Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen (UN-BRK).....	54
2. Geltungsbereich der UN-BRK.....	55
3. Definition des Begriffs der Behinderung in der UN-BRK.....	57
a) Auslegung nach dem Wortlaut – Art. 31 Abs. 1 und 2 WVK .....	57
(aa) Die medizinische Komponente.....	58
(bb) Die soziale Komponente .....	58
b) Auslegung nach dem Zusammenhang und Telos – Art. 31 Abs. 1 und 2 WVK, sowie die ergänzende Auslegung gemäß Art. 32 WVK.....	58
(aa) Die medizinische Komponente.....	58
(bb) Die soziale Komponente .....	59
II. Recht der Europäischen Union .....	59
III. Nationales Verfassungsrecht – insbesondere Art. 3 Abs. 3 S. 2 GG .....	62
1. Benachteiligungsverbot von Menschen mit Behinderungen gemäß Art. 3 Abs. 3 S. 2 GG .....	62
a) Benachteiligung .....	63
b) Rechtfertigung einer Benachteiligung .....	65
2. Die Benachteiligung aus Art. 3 Abs. 3 S. 2 GG und das Leistungsrecht der Grundsicherung für Arbeitsuchende .....	66
IV. Einfachgesetzliches Recht, insbesondere das BGG sowie das Sozialgesetzbuch I und IV.....	67
1. Das Behindertengleichstellungsgesetz des Bundes (BGG), sowie der Länder .....	67
a) Definition von Behinderung - § 3 BGG .....	67
b) Behindertengleichstellungsgesetze der Länder – ein Überblick .....	67
2. SGB I und SGB IV .....	67

a)	Regelungen des SGB I insbesondere § 10 SGB I .....	68
b)	Regelungen des SGB IV insbesondere § 19a SGB IV .....	69
V.	Zwischenergebnis .....	70
B.	Der Behinderungsbegriff des § 2 SGB IX .....	72
I.	Entstehung des SGB IX im Kontext von § 2 Abs. 1 SGB IX .....	72
II.	Allgemeine Begriffsmerkmale des § 2 Abs. 1 SGB IX .....	73
1.	Bezug zur Klassifikation der WHO .....	73
a)	Das ICIDH von 1980 .....	73
b)	Die ICF von 2001 .....	74
2.	Orientierung des Behinderungsbegriffs des § 2 SGB IX an der ICF von 2001 .....	75
III.	Neufassung des Begriffs durch das BTHG - § 2 SGB IX de lege lata .....	75
1.	Das Bundesteilhabegesetz im Überblick .....	75
2.	Körperliche, geistige, seelische und Sinnesbeeinträchtigungen .....	77
3.	Dauerhaftigkeit der Beeinträchtigungen – „Sechs-Monats-Grenze“ .....	78
4.	Abweichung vom altertypischen Zustand .....	78
5.	Hinderung der Teilhabe im Einzelnen .....	79
a)	Teilhabehinderung .....	79
b)	Barrieren .....	80
c)	Wechselwirkung .....	80
6.	Drohende Behinderung - § 2 Abs. 1 S. 3 SGB IX .....	81
7.	Schwerbehinderung und Gleichstellung, § 2 Abs. 2, 3 SGB IX .....	81
IV.	Zwischenergebnis .....	83
C.	Bereichsspezifische Ausformung des Behinderungsbegriffs für die Teilhabe am Arbeitsleben aus § 19 SGB III .....	84
I.	Allgemeiner Regelungsgehalt des § 19 SGB III .....	84
II.	Inhalt und Anwendungsbereich des § 19 Abs. 1 SGB III .....	85
1.	Vorliegen einer Behinderung im Sinne des § 2 Abs. 1 SGB IX .....	86
2.	Minderung der Aussichten, am Arbeitsleben teilzuhaben, und das Erfordernis von Hilfen .....	86
3.	Notwendigkeit von Hilfen zur Teilhabe am Arbeitsleben .....	87
4.	Kausalität zwischen der Behinderung und des Hilfebedarfs .....	88
III.	Drohende Behinderung - § 19 Abs. 2 SGB III .....	89
IV.	Erfasste Fallgruppen aus § 19 Abs. 1 SGB III und § 19 Abs. 2 SGB II .....	90

V.	Zwischenergebnis .....	90
D.	Geltung des Behinderungsbegriffs des § 2 SGB IX in seiner Ausprägung durch § 19 SGB III für die Jobcenter? .....	92
I.	Ausgangslage: Fehlender Behinderungsbegriff im Zweiten Buch Sozialgesetzbuch .....	92
1.	Bezugspunkt Wortlaut .....	93
2.	Bezugspunkt Systematik .....	94
3.	Anforderungen aus der Historie .....	95
4.	Teleologische Anforderungen .....	95
II.	Zwischenergebnis .....	96
E.	Zusammenfassung Kapitel 3 .....	96
<b>Kapitel 4: Grundsicherung für Arbeitsuchende .....</b>		<b>99</b>
A.	Historische Entwicklung bis hin zum Sozialgesetzbuch II .....	99
I.	Die Existenzsicherung – ältester und elementarer Zweig des Sozialrechts .....	99
II.	Entstehungsgeschichte der Grundsicherung für Arbeitsuchende gemäß der Agenda 2010 .....	104
1.	Politische Ausgangslage: hohe Arbeitslosenquote und ‚Vermittlungsskandal‘ .....	104
2.	Die Grundsicherung für Arbeitsuchende – ‚Viertes Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt‘ .....	105
III.	Reformierung der Grundsicherung für Arbeitsuchende durch das ‚Bürgergeld-Gesetz‘ .....	108
B.	Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende .....	110
I.	Trägerschaft der Grundsicherung für Arbeitsuchende in Form von Arbeitsgemeinschaften – § 44b SGB II a.F. .....	110
II.	Trägerschaft der Grundsicherung für Arbeitsuchende de lege lata .....	110
1.	Mögliche Leistungsträger nach dem SGB II gem. § 6 Abs. 1 SGB II .....	111
a)	Agentur für Arbeit als Leistungsträger – § 6 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 SGB II .....	112
b)	Zuständigkeit der kommunalen Träger – § 6 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 SGB II .....	113
c)	Zugelassene kommunale Träger („Optionskommunen“) als Trägerform der Grundsicherung für Arbeitsuchende – § 6a SGB II .....	114
d)	Gemeinsame Einrichtung als Trägerform der Grundsicherung für Arbeitsuchende .....	115

(aa) Ausgestaltung und Organisation der gemeinsamen Einrichtung sowie Weisungsbereiche – § 44b Abs. 2, 3 SGB II .....	117
(bb) Übertragung einzelner Aufgaben und Inanspruchnahme der Dienstleistungen der Agentur für Arbeit sowie Informationspflicht der Träger – § 44 b Abs. 4-6 SGB II .....	118
2. Aufgaben und Finanzierungsverantwortung für die Jobcenter ...	118
3. Regelhafte Bezeichnung als ‚Jobcenter‘ für die gemeinsamen Einrichtungen und die kommunalen Träger – § 6d SGB II .....	119
<b>C. Verfassungsrechtliche Legitimation für die geteilte Aufgabenwahrnehmung nach dem SGB II.....</b>	<b>120</b>
I. Verfassungsrechtliche Diskussionen wegen § 44b SGB II a.F. und Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 20.12.2007 .....	120
II. Durchgriffsverbot auf Gemeinden nach Art. 84 Abs. 1 S. 7 GG und Übergangsregelung des Art. 125a Abs. 1 S. 1 GG .....	122
1. Inhalt und Anwendungsbereich der Norm .....	122
2. Anwendung auf die Grundsicherung für Arbeitsuchende .....	123
III. Verfassungsrechtliche (Neu-) Organisation der Grundsicherung für Arbeitsuchende durch Art. 91e GG .....	124
1. Verhältnis zu anderen Verfassungsbestimmungen, insbesondere Art. 84 GG .....	125
2. Verfassungskonformität des Art. 91e GG .....	126
3. Das Zusammenwirken von Bund und Ländern nach Art. 91e Abs. 1 GG .....	126
4. Alleinwahrnehmung durch Kommunen nach Art. 91e Abs. 2 GG .....	127
5. Regelungsvorbehalt des Art. 91 Abs. 3 GG .....	128
6. Zwischenergebnis .....	129
<b>D. Einflüsse des EG und EU-Rechts auf die nationale Sozialpolitik .....</b>	<b>130</b>
<b>E. Aufgaben und Ziele der Grundsicherung für Arbeitsuchende.....</b>	<b>132</b>
I. Aufgabe und Zielsetzung der Grundsicherung für Arbeitsuchende – § 1 SGB II, insbesondere § 1 Abs. 2 S. 4 Nrn. 2, 5 SGB II .....	133
1. Aufgabe und Zielsetzung des SGB II .....	133
2. Ausrichtung der Leistungsgewährung - § 1 Abs. 2 S. 4 SGB II .....	134
a) Ausrichtung der Leistungen hinsichtlich der Erwerbsfähigkeit – § 1 Abs. 2 S. 4 Nr. 2 SGB II .....	134

b) Ausrichtung der Leistungen hinsichtlich der Überwindung behinderungsbedingter Nachteile – § 1 Abs. 2 S. 4 Nr. 5 SGB II .....	135
II. Zwischenergebnis .....	135
F. Zusammenfassung von Kapitel 4 .....	136
<b>Kapitel 5: Historische und rechtliche Grundlagen der Trägerschaft bei Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben für behinderte Leistungsberechtigte in der Grundsicherung für Arbeitsuchende .....</b>	<b>139</b>
A. „Rehabilitation“ und „Teilhabe“ bzw. „Teilhabe am Arbeitsleben“ als Rechtsbegriffe .....	140
I. Begriff der „Rehabilitation“ .....	140
II. Begriff der „Teilhabe“ und der „Teilhabe am Arbeitsleben“ .....	141
1. „Teilhabe“ als Rechtsbegriff .....	141
2. „Teilhabe am Arbeitsleben“ als Rechtsbegriff .....	142
B. Historische Entwicklung der Rehabilitation in der BRD bis zum SGB IX .....	142
C. Rechtsquellen mit Bezug zur Teilhabe behinderter Menschen am Arbeitsleben .....	147
I. Völkerrechtliche Bestimmungen, insbesondere die UN-BRK .....	147
1. Art. 26 UN-BRK – Habilitation und Rehabilitation .....	147
2. Art. 27 Abs. 1 UN-BRK – Arbeit und Beschäftigung .....	148
II. Nationales Verfassungsrecht .....	150
1. Sozialstaatsprinzip – Art. 20 Abs. 1 und Art. 28 Abs. 1 S. 1 GG .....	150
2. Recht auf Bildung und Berufsfreiheit – Art. 12 GG .....	151
a) Personeller und sachlicher Schutzbereich .....	151
b) Eingriff in Art. 12 GG und dessen Rechtfertigung .....	153
c) Art. 12 GG im Kontext der beruflichen Rehabilitation .....	154
III. Einfachgesetzliches Recht, insbesondere SGB IX .....	156
1. Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben – § 4 SGB IX i.V.m. § 5 Nr. 2 SGB IX .....	156
2. Träger der Rehabilitation - § 6 SGB IX .....	157
D. Rehabilitationsträgerschaft für behinderte Leistungsberechtigte in der Grundsicherung für Arbeitsuchende für Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben .....	158
I. Die Agentur für Arbeit als Träger der Rehabilitation für die Jobcenter – § 6 Abs. 3 S. 1 SGB IX .....	158

II.	Rechtsentwicklung – von § 6a SGB IX a. F. zu § 6 Abs. 3 SGB IX .....	160
III.	Aufgabenzuweisungen für die Jobcenter und die Agenturen für Arbeit aus § 6 Abs. 3 SGB IX in der Fassung durch das BTHG .....	162
1.	Agentur für Arbeit .....	162
2.	Jobcenter .....	163
IV.	Teilhabestärkungsgesetz und dessen Auswirkungen auf die Rehabilitationsträgerschaft der Agentur für Arbeit für den Rechtskreis SGB II .....	164
1.	Gesetzgebungsverfahren und wesentliche Inhalte in Bezug auf die Grundsicherung für Arbeitsuchende .....	164
2.	Aufgabenzuweisungen für Agentur für Arbeit und die Jobcenter – § 6 Abs. 3 SGB IX n.F. in grafischer Darstellung .....	168
3.	Würdigung der Änderungen und Zwischenergebnis .....	170
E.	Zusammenfassung von Kapitel 5 .....	171
<b>Kapitel 6:</b>	<b>Leistungsberechtigung für Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende .....</b>	<b>175</b>
A.	Allgemeine Leistungsvoraussetzungen – § 7 Abs. 1 S. 1, Abs. 2, 3 SGB II .....	175
I.	Erwerbsfähige Leistungsberechtigte – § 7 Abs. 1 S. 1 SGB II i.V.m. §§ 8, 11, 12 SGB II .....	176
1.	Leistungsberechtigung – § 7 Abs. 1 S. 1 SGB II .....	176
2.	Altersgrenze – § 7 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 i.V.m. § 7a SGB II .....	176
3.	Gewöhnlicher Aufenthalt in der BRD – § 7 Abs. 1 S. 1 Nr. 4 SGB II i.V.m. § 30 Abs. 1 SGB I .....	178
4.	Erwerbsfähigkeit – § 7 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 SGB II i.V.m. § 8 Abs. 1 SGB II .....	179
a)	Begriff der Erwerbsfähigkeit .....	180
b)	Gesundheitliche Einschränkung – „Krankheit“ oder „Behinderung“ .....	181
(aa)	„Krankheit“ .....	182
(bb)	„Behinderung“ .....	183
c)	Zeitliche Einschränkung – „auf absehbare Zeit“ .....	183
d)	Fähigkeit zur Erwerbstätigkeit „unter den üblichen Bedingungen des Arbeitsmarktes“ .....	184
(aa)	Allgemeiner Arbeitsmarkt .....	184
(bb)	Übliche Bedingungen .....	185
(cc)	„Übliche Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarktes“ – Summierung ungewöhnlicher	

Leistungseinschränkungen/schwere spezifische Leistungsbehinderung .....	186
(dd) „Übliche Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarktes“ – Abgrenzung zu Personen in einer Werkstatt für behinderte Menschen (WfbM) ....	188
(1) Rechtslage bis zum 31.12.2019.....	189
(2) Rechtslage seit dem 01.01.2020 – § 41 Abs. 3a SGB XII n.F.....	191
e) (Un)fähigkeit zu drei Stunden täglicher Erwerbstätigkeit ..	192
f) Zwischenergebnis.....	193
5. Hilfebedürftigkeit – § 7 Abs. 1 S. 1 Nr. 3 SGB II i.V.m. §§ 9, 11-13 SGB II .....	194
a) Begriff der Hilfebedürftigkeit .....	194
b) Zu berücksichtigendes Einkommen – § 11 SGB II .....	195
c) Nicht zu berücksichtigendes Einkommen – § 11a SGB II...	196
d) Die Absetzbeträge – § 11b SGB II .....	197
e) Zu berücksichtigendes Vermögen – § 12 Abs. 1, 2 SGB II .....	198
f) Nicht zu berücksichtigendes Vermögen – § 12 Abs. 1 SGB II unter besonderer Berücksichtigung von § 12 Abs. 1 S. 2 Nr. 6 SGB II.....	199
g) Rechtsfolge der Vermögensprüfung .....	202
h) Zwischenergebnis.....	202
II. Anspruch über Mitgliedschaft in einer Bedarfsgemeinschaft – §§ 7 Abs. 2 SGB II .....	204
B. Leistungsausschließende Tatbestände der Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende für erwerbsfähige und nicht erwerbsfähige Personen des § 7 Abs. 4 bis § 7 Abs. 6 SGB II .....	205
I. Grundsätzlicher Regelungsgehalt der leistungsausschließenden Tatbestände .....	206
II. Leistungsausschluss wegen Unterbringung in einer stationären Einrichtung und wegen Rentenbezug – § 7 Abs. 4 SGB II.....	206
1. Allgemeiner Regelungsgehalt .....	206
2. Leistungsausschluss während eines stationären Aufenthalts – § 7 Abs. 4 S. 1 Hs. 1 SGB II.....	208
a) Personeller Geltungsbereich des Leistungsausschlusses...	208
b) Begriff der ‚stationären Einrichtung‘ .....	209
(aa) Leistungserbringung in einer Einrichtung .....	210
(bb) Stationäre Leistungserbringung .....	210
(cc) Unterbringung in einer stationären Einrichtung .....	210
3. Erster Ausnahmetatbestand: im Krankenhaus-Untergebrachte, § 7 Abs. 4 S. 3 Nr. 1 SGB II.....	211
a) Begriff des ‚Krankenhauses‘ – Verweis auf § 107 SGB V...	211

b) Zeitliche Komponente – „Sechs-Monats-Zeitraum“ .....	212
4. Zweiter Ausnahmetatbestand: tatsächlich Erwerbstätige in einer stationären Einrichtung – § 7 Abs. 4 S. 3 Nr. 2 SGB II... .....	214
5. Rechtsfolgen des Leistungsausschlusses – § 7 Abs. 4 S. 1 SGB II .....	215
6. Unterbringung in besonderer Wohnform – § 7 Abs. 4 S. 4 SGB II .....	215
7. Zwischenergebnis .....	217
III. Nicht genehmigter Aufenthalt außerhalb des zeit- und ortsnahen Bereiches (Ortsabwesenheit) – § 7 Abs. 4a SGB II....	218
1. Grundsätzlicher Regelungsinhalt des § 7 Abs. 4a SGB II.....	218
2. Rechtsentwicklung und Geltungszeitraum des § 7 Abs. 4a SGB II .....	219
3. Rechtslage vor Erlass einer Rechtsverordnung im Sinne des § 13 Abs. 3 SGB II .....	219
4. Rechtslage nach Erlass einer Rechtsverordnung im Sinne des § 13 Abs. 3 SGB II .....	221
IV. Leistungsausschluss für Auszubildende – § 7 Abs. 5, Abs. 6 SGB II unter besonderer Betrachtung von behinderten Auszubildenden.....	222
1. Grundsätzlicher Regelungsgehalt .....	222
2. Leistungsausschluss des § 7 Abs. 5 SGB II .....	223
3. Rücknahme vom Leistungsausschluss – § 7 Abs. 6 SGB II .....	224
4. Auswirkungen auf den Personenkreis der behinderten Auszubildenden .....	225
a) Variante 1: Der behinderte Auszubildende wohnt vor Beginn der Ausbildung im Elternhaus .....	226
b) Variante 2: Der behinderte Auszubildende bewohnt vor Beginn der Ausbildung eine eigene Wohnung .....	227
C. Zusammenfassung Kapitel 6.....	228
<b>Kapitel 7: Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach SGB II unter besonderer Berücksichtigung behinderter Menschen .....</b>	<b>231</b>
A. Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts für erwerbsfähige Personen und Leistungen für nicht erwerbsfähige Personen in Bedarfsgemeinschaft – § 19 Abs. 1 S. 1, 2 SGB II.....	231
I. Bürgergeld – § 19 Abs. 1 S. 1 SGB II n.F. .....	232
II. Bürgergeld – § 19 Abs. 1 S. 2 SGB II n.F. .....	232

III.	Leistungsbestandteile des Bürgergeldes für erwerbsfähige und nicht erwerbsfähige Mitglieder einer Bedarfsgemeinschaft im Überblick – § 19 Abs. 1 S. 3 SGB II .....	233
IV.	Nachranggrundsatz aufgrund von Vermögen oder Einkommen – § 19 Abs. 3 SGB II .....	234
B.	Regelbedarf zur Sicherung des Lebensunterhalts – § 20 SGB II	
i.V.m.	§ 4 Abs. 1 Nr. 2 SGB II.....	234
I.	Bestandteile des Regelbedarfs – § 20 Abs. 1 SGB II.....	235
II.	Regelbedarfsstufen und Höhe der Regelbedarfe – § 21 Abs. 1a, 2 bis 4 SGB II.....	236
C.	Die Mehrbedarfe – § 21 SGB II .....	237
I.	Die Mehrbedarfe des § 21 SGB II unter Berücksichtigung der Besonderheiten der Bürgergeldempfänger gem. § 23 Nrn. 2–4 SGB II .....	237
1.	Mehrbedarfe für erwerbsfähige Menschen mit Behinderungen – § 21 Abs. 4 SGB II.....	238
a)	Anspruchsberechtigter Personenkreis .....	238
b)	Charakter der Mehrbedarfsleistung .....	240
c)	Teilnahme und Ausgestaltung der Maßnahme .....	240
(aa)	Leistung zur Teilhabe am Arbeitsleben – § 49 SGB IX .....	243
(bb)	Sonstige Hilfen zur Erlangung eines geeigneten Arbeitsplatzes.....	244
(cc)	Eingliederungshilfeleistungen – § 112 SGB IX .....	245
(dd)	Sozialintegrative Leistungen der §§ 16a ff. SGB II leistungsauslösend für einen Mehrbedarf? .....	246
(1)	Bezugspunkt Wortlaut.....	246
(2)	Bezugspunkt Systematik.....	246
(3)	Anforderungen aus der Historie .....	246
(4)	Teleologische Anforderungen .....	246
(5)	Zwischenergebnis der Auslegung .....	247
d)	Übergangsweise Weitergewährung des Mehrbedarfs – § 21 Abs. 4 S. 2 SGB II.....	248
e)	Mehrbedarfssonderregelung für die Mehrbedarfe des § 21 Abs. 4 SGB II – § 23 Nrn. 2, 3 SGB II, sowie behinderte Auszubildende .....	249
f)	Höhe des Mehrbedarfs .....	250
g)	Exemplarische Übersicht über gewährte Mehrbedarfe im Sinne des § 21 Abs. 4 SGB II .....	250
h)	Exemplarische Übersicht über nicht gewährte Mehrbedarfe im Sinne des § 21 Abs. 4 SGB II .....	251
i)	Zwischenergebnis.....	251

2. Mehrbedarfe bei kostenaufwändiger Ernährung – § 21	251
Abs. 5 SGB II .....	252
a) Anspruchsberechtigung .....	253
b) Bestimmung der Höhe des Mehrbedarfs aus § 21	
Abs. 5 SGB II .....	254
c) Ausgewählte Beispiele der Rechtsprechung von gewährten Mehrbedarfen im Sinne des § 21 Abs. 5 SGB II .....	255
d) Zwischenergebnis .....	255
3. Mehrbedarfe als „Härtefallregelung“ - § 21 Abs. 6 SGB II.....	256
a) Besonderer Bedarf .....	257
b) Laufender Bedarf .....	258
c) Unabweisbarer Bedarf .....	258
(aa) Zuwendungen Dritter .....	259
(bb) Einsparmöglichkeiten .....	260
d) Höhe des Mehrbedarfs .....	261
e) Anwendungsfälle des § 21 Abs. 6 SGB II im Kontext der behinderten Leistungsberechtigten .....	261
f) Zwischenergebnis .....	262
4. Mehrbedarf wegen Gehbehinderung bei nicht erwerbsfähigen Personen – § 23 Nr. 4 SGB II .....	262
a) Bezugspunkt Wortlaut .....	264
b) Bezugspunkt Systematik .....	265
c) Anforderungen aus der Historie .....	265
d) Teleologische Anforderungen .....	266
e) Ergebnis der Auslegung .....	266
D. Bedarfe für Unterkunft und Heizung – § 22 SGB II .....	267
I. Regelungsgehalt des § 22 SGB II .....	267
1. Angemessenheit einer Unterkunft und Unzumutbarkeit der Senkung der Kosten nach § 22 Abs. 1 S. 7 SGB II n.F. aufgrund von Behinderung .....	269
2. Erhöhter Wohnflächenbedarf wegen Behinderung .....	272
II. Zwischenergebnis .....	273
E. Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung während des Bezugs von Grundsicherungsleistungen und während einer Leistung zur Teilhabe am Arbeitsleben .....	273
I. Versicherungspflicht in der gesetzlichen Krankenversicherung nach dem SGB V .....	274
II. Versicherung in der privaten Krankenversicherung .....	275
III. Pflegeversicherungsschutz von Bürgergeldempfängern in der sozialen und privaten Pflegeversicherung .....	276

IV.	Zuschüsse zu Beiträgen zur Krankenversicherung und Pflegeversicherung – § 26 SGB II .....	277
V.	Krankenversicherungspflicht bei einer Leistung zur Teilhabe am Arbeitsleben .....	278
1.	Bezugspunkt Wortlaut .....	279
2.	Bezugspunkt Systematik .....	280
3.	Anforderungen aus der Historie .....	281
4.	Teleologische Anforderungen .....	281
5.	Ergebnis der Auslegung .....	282
VI.	Zwischenergebnis .....	282
F.	Abweichende Leistungserbringung gem. § 24 SGB II als Einmalleistung bei Sonderbedarfen .....	283
I.	Regelungsgehalt der Norm .....	283
II.	Besondere Einmalbedarfe - § 24 Abs. 3 SGB II .....	284
1.	Kosten für orthopädische Schuhe sowie therapeutische Geräte und Ausrüstungen – § 24 Abs. 3 Nr. 3 SGB II .....	285
2.	Begriffsklärung der ‚orthopädischen Schuhe‘ und der ‚therapeutischen Geräte und Ausrüstungen‘ .....	285
3.	Vorrangige Leistungsverpflichtung eines anderen Trägers für Leistungen nach § 24 Abs. 3 S. 1 Nr. 3 SGB II .....	286
III.	Zwischenergebnis .....	287
G.	Zusammenfassung Kapitel 7 .....	288
<b>Kapitel 8:</b>	<b>Leistungen zur Eingliederung in Arbeit unter besonderer Berücksichtigung der Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben für behinderte Leistungsberechtigte .....</b>	<b>291</b>
A.	Leistungen zur Eingliederung in Arbeit und die weiteren Eingliederungsleistungen durch das Teilhabestärkungsgesetz .....	291
I.	Leistungen zur Eingliederung in Arbeit .....	292
1.	Notwendigkeit für Leistungen zur Eingliederung in Arbeit und Vorrang der aktiven Leistungen .....	292
2.	Leistungen zur Eingliederung in Arbeit – Grundsatz aus § 16 SGB II .....	292
a)	Leistungsberechtigter Personenkreis .....	292
b)	Regelungsgehalt – § 16 Abs. 1 SGB II .....	293
3.	Eingliederungsleistungen an erwerbsfähige behinderte Leistungsberechtigte – § 16 Abs. 1 S. 3 SGB II .....	294
4.	Rechtsgrundverweisung des § 16 Abs. 2 S. 1 SGB II .....	295
5.	Zwischenergebnis .....	295

II.	Weitere in Betracht kommende Eingliederungsleistungen des SGB II für behinderte Menschen aufgrund des Teilhabestärkungsgesetzes.....	296
B.	Allgemeine und besondere Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben des SGB III – § 112 ff. SGB III .....	298
I.	Grundsätze der Förderung der Teilhabe am Arbeitsleben – §§ 112 bis 114 SGB III .....	298
1.	Eingliederungsziel und Auswahl der Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben – § 112 SGB III.....	298
1.1.	a) Teilhabe am Arbeitsleben als Ziel der Förderung .....	299
1.1.	b) Förderleistungen.....	300
1.1.	c) Auswahl von Leistungen – § 112 Abs. 2 SGB III .....	301
1.2.	2. Verhältnis zwischen den allgemeinen und besonderen Leistungen – § 113 SGB III.....	301
1.2.1.	a) Allgemeine und besondere Leistungen sowie diese ergänzenden Leistungen – § 113 Abs. 1 SGB III.....	301
1.2.1.	b) Subsidiarität der besonderen Leistungen – § 113 Abs. 2 SGB III.....	302
1.2.2.	3. Leistungsrahmen für die allgemeinen und besonderen Leistungen – § 114 SGB III.....	303
II.	Umfang der allgemeinen Leistungen – § 115 SGB III .....	304
III.	Ergänzende Regelungen zu den allgemeinen Teilhabeleistungen – § 116 SGB III.....	305
1.	1. Regelungsgehalt und Bedeutung der Norm .....	305
1.1.	2. Besonderheiten hinsichtlich der Leistungen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung – § 116 Abs. 1 SGB III .....	306
1.1.1.	3. Besonderheiten hinsichtlich der beruflichen Ausbildung – § 116 Abs. 2 SGB III .....	307
1.1.1.1.	a) Berufliche Ausbildungen abweichend von Ausbildungsordnungen – § 116 Abs. 2 Alt. 1 SGB III .....	307
1.1.1.1.	b) Berufliche Ausbildungen in Sonderformen für behinderte Menschen – § 116 Abs. 2 Alt. 2 SGB III .....	308
1.1.2.	4. Verlängerung oder Wiederholung der Ausbildung, erneute Ausbildung – § 116 Abs. 5 SGB III.....	308
1.1.3.	5. Erleichterte Voraussetzungen für die Förderungen von beruflicher Weiterbildung – § 116 Abs. 6 SGB III.....	309
1.1.3.1.	a) Berufliche Weiterbildung ohne Vorliegen von Arbeitslosigkeit – § 116 Abs. 6 S. 1 Nr. 1 SGB III.....	309
1.1.3.1.	b) Berufliche Weiterbildung ohne dreijährige berufliche Tätigkeit – § 116 Abs. 6 S. 1 Nr. 2 SGB III.....	310
1.1.3.2.	c) Längere oder erneute Förderung der beruflichen Weiterbildung – § 116 Abs. 6 S. 1 Nr. 3 SGB III .....	310

d) Förderung von schulischen Ausbildungen – § 116 Abs. 6 S. 2 SGB III.....	310
IV. Leistungsgrundsätze der besonderen Leistungen im Sinne des § 117 Abs. 1 SGB III .....	311
1. Regelungsgehalt und Bedeutung der Norm .....	311
2. Unerlässlichkeit der besonderen Leistungen im Sinne des § 117 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 SGB III .....	311
3. Besondere Leistungen wegen nicht vorgesehener oder nicht ausreichender allgemeiner Leistungen – § 117 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 SGB III.....	313
4. Bildungsrechtliche Besonderheiten bei Aus- und Weiterbildungen in besonderen Einrichtungen für behinderte Menschen – § 117 Abs. 1 S. 2 SGB III .....	314
V. Übernahme der Teilnahmekosten für eine Leistung zur Teilhabe am Arbeitsleben im Sinne des § 118 Nr. 3 i.V.m. § 127 SGB III.....	314
1. Teilnahmekosten für Maßnahmen – § 127 Abs. 1 S. 1 SGB III .....	315
a) Akzessorietät der Teilnahmekosten.....	315
b) Teilnahmekosten des § 127 Abs. 1 S. 1 SGB III im Überblick.....	316
c) Weitere Aufwendungen und Sonderfälle der Unterkunft und Verpflegung – § 127 Abs. 1 S. 2 SGB III .....	318
d) Aufwendungen für eingliederungsbegleitende Dienste – § 127 Abs. 2 SGB III .....	318
VI. Kosten für Unterkunft und Verpflegung bei anderweitiger auswärtiger Unterbringung aus § 127 Abs. 1 S. 2 i.V.m. § 128 SGB III .....	319
VII. Von § 16 Abs. 1 S. 3 SGB II nicht eingeschlossene Teilhabeleistungen – Zuständigkeit der Agentur für Arbeit.....	320
VIII. Zwischenergebnis .....	321
C. Zusammenfassung Kapitel 8 .....	322
<b>Kapitel 9: Besonderheiten des Verwaltungsverfahrens bei Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben für behinderte Menschen in der Grundsicherung für Arbeitsuchende .....</b>	<b>325</b>
A. Aufgaben im Vorfeld des Rehabilitationsverfahrens – umfassende Beratung und frühzeitige Bedarfserkennung hinsichtlich der Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben und die daraus folgenden Pflichten für die Jobcenter.....	326
I. Beratungsaufgaben und -pflichten der Jobcenter.....	326

1. Notwendigkeit einer Beratung im behinderungs- bzw. sozialrechtlichen Kontext .....	326
a) Hemmnisse in der Beratungsrealität.....	327
b) Zielkonflikte in der Beratung durch die Jobcenter.....	329
c) Zwischenfazit.....	330
2. Die allgemeine Beratungspflicht des § 14 SGB I .....	330
3. Beratung als Leistung der Grundsicherung für Arbeitsuchende – § 1 Abs. 3 Nr. 1 SGB II i.V.m. § 14 Abs. 2 SGB II .....	332
a) Bezugspunkt Wortlaut.....	334
b) Bezugspunkt Systematik .....	334
c) Anforderungen aus der Historie .....	335
d) Teleologische Anforderungen.....	336
e) Zwischenfazit.....	336
4. Ergänzende unabhängige Teilhabeberatung – § 32 SGB IX ...	337
a) Anwendbarkeit der Rechtsnorm auf die Jobcenter.....	337
b) Förderung unabhängiger Teilhabeberatung – § 32 Abs. 1 SGB IX.....	337
(aa) Unabhängige Beratung – § 32 Abs. 1 S. 1 SGB IX ...	337
(bb) Ergänzende Beratung – § 32 Abs. 1 S. 2 SGB IX ...	338
c) Inhalt der Beratung – § 32 Abs. 2 SGB IX und Hinweispflicht durch die Rehabilitationsträger .....	338
(aa) Beratungsumfang – § 32 Abs. 2 S. 1 SGB IX.....	338
(bb) Hinweispflicht – § 32 Abs. 2 S. 2 SGB IX .....	339
d) Beratung von Betroffenen für Betroffene – ,Peer Counseling‘ – § 32 Abs. 3 SGB IX.....	340
e) Beratung durch unabhängige, nichtbehördliche Organisationen im Kontext des Rechtsdienstleistungsgesetzes .....	341
5. Barrierefreie Beratung durch die Jobcenter im Sinne des BGG.....	342
a) Verwendung der Gebärdensprache innerhalb des Verwaltungsverfahrens – § 9 Abs. 1 BGG .....	342
b) Gebrauch leichter Sprache – § 11 BGG .....	343
c) Möglichkeit der Begleitung durch Assistenzhunde – § 12e BGG.....	343
II. Schritte der Jobcenter zur Sicherstellung einer frühzeitigen Bedarfserkennung .....	344
1. Notwendigkeit einer frühzeitigen Bedarfserkennung für die Jobcenter .....	344
2. Begriff des Rehabilitationsbedarfes – § 3 Abs. 4 Gemeinsame Empfehlung ,Begutachtung‘ .....	345

3. Maßnahmen zur Unterstützung der frühzeitigen Bedarfserkennung – § 12 SGB IX.....	346
a) Anwendbarkeit der Rechtsnorm auf die Jobcenter .....	346
b) Sicherstellung der frühzeitigen Bedarfserkennung und des Hinwirkens auf die Antragstellung durch Maßnahmen – § 12 Abs. 1 SGB IX .....	346
c) Ausweitung des Geltungsbereichs auf die Jobcenter – § 12 Abs. 2 S. 1 SGB IX und Bereitstellung der Informationsangebote.....	347
III. Zwischenergebnis von Unterabschnitt A .....	348
B. Die Beantragung von Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben bei dem Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende .....	349
I. Örtliche und sachliche Zuständigkeit der Jobcenter.....	350
II. Antragstellung bei dem zuständigen Jobcenter – § 37 SGB II ....	350
1. Notwendigkeit einer Antragstellung – § 37 SGB II .....	350
2. Leistungsbeginn und Rückwirkung des Antrags – § 37 Abs. 2 SGB II .....	351
3. Beantragung von Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben im Sinne des § 37 Abs. 1 SGB II.....	352
III. Weitere verfahrensrechtliche Vorschriften der SGB I, II, IX sowie des BGG in Bezug auf die Antragstellung.....	354
1. Ausführung von Sozialleistungen – Antragsvordrucke gem. § 17 Abs. 1 Nr. 3 SGB I .....	354
2. Beantragung von vorrangigen Leistungen – § 12a SGB II.....	354
3. Ersatzvornahme einer Antragstellung durch das Jobcenter bei einem anderen Leistungsträger – § 5 Abs. 3 SGB II.....	355
4. Vorrangige Prüfung von Leistungen zur Teilhabe bei der Beantragung von Sozialleistungen – § 9 SGB IX, insbesondere des § 9 Abs. 4 SGB IX.....	356
a) Anwendbarkeit der Rechtsnorm auf die Jobcenter .....	356
b) Prüfpflicht hinsichtlich möglicher Leistungen zur Teilhabe, § 9 Abs. 1 SGB IX.....	357
5. Gestaltung von Bescheiden und Vordrucken – § 10 Abs. 1 BGG.....	359
IV. Zwischenergebnis von Unterabschnitt B .....	359
C. Zuständigkeitsklärung für Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben – §§ 22 Abs. 2, 4 SGB III, § 14 SGB IX.....	361
I. Verhältnis der aktiven Leistungen des SGB III zu den Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende aufgrund § 22 Abs. 2, 4 SGB III .....	362

1. Die Nachrangigkeit der Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben – § 22 Abs. 2 SGB III .....	362
2. Klärung des Konkurrenzverhältnisses zu den Leistungen nach dem SGB II aus § 22 Abs. 4 S.1 Nr. 6 SGB III .....	363
3. Zwischenergebnis .....	366
II. Zuständigkeitsklärung – § 14 SGB IX .....	366
1. Anwendbarkeit der Rechtsnorm auf die Jobcenter .....	366
2. Allgemeiner Regelungsgehalt des § 14 SGB IX.....	367
a) Prüfung der Zuständigkeit – § 14 Abs. 1 SGB IX.....	367
b) Prüfung des erstangegangenen Trägers .....	367
c) Weiterleitung des Antrags in den Fällen des § 14 Abs. 1 S. 2 und S. 3 SGB IX.....	368
d) Besonderheiten der Antragstellung bei der Agentur für Arbeit – § 14 Abs. 1 S. 4 SGB IX.....	369
e) Feststellung des Rehabilitationsbedarfs – § 14 Abs. 2 SGB IX.....	370
f) Einvernehmliche Weiterleitung (‘Turboklärung’) – § 14 Abs. 3 SGB IX .....	370
g) Leistungserbringung von Amts wegen – § 14 Abs. 4 SGB IX.....	371
h) Ungeprüfte Weiterleitung – § 14 Abs. 5 SGB IX .....	371
III. Anwendungsfragen des § 14 SGB IX hinsichtlich der Rehabilitationsträgerschaft der Agentur für Arbeit für die Jobcenter .....	371
1. Ausgangslage wegen § 6 Abs. 3 S. 3, 5 SGB IX n.F. .....	371
2. Anwendungsfrage 1: Wahrnehmung der Verpflichtung aus § 14 Abs. 1 S. 1 SGB IX .....	372
a) Bezugspunkt Wortlaut.....	373
b) Bezugspunkt Systematik .....	374
c) Anforderungen aus der Historie .....	374
d) Teleologische Anforderungen .....	374
e) Zwischenergebnis – Adressat des § 14 Abs. 1 S. 1 SGB IX und sich daraus ergebende weitere Anwendungsfragen.....	375
3. Anwendungsfrage 2: Überleitungsfrist des Jobcenters für Anträge an die Agentur für Arbeit.....	375
4. Anwendungsfrage 3: Weiterleitung bei Unzuständigkeit und bei Feststellung der Ursache der Behinderung .....	376
5. Anwendungsfrage 4: Feststellung des Rehabilitationsbedarfs und Entscheidung über die Leistung ...	376
IV. Zwischenergebnis von Unterabschnitt C .....	377

D. Bedarfsklärung und -ermittlung für Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben durch den Rehabilitationsträger und die hierfür notwendigen Vorbereitungshandlungen der Jobcenter .....	378
I. Die Bedarfsermittlung und die Bedarfsklärung als Grundlage der Leistungsentscheidung .....	378
II. Aufgabenverteilung hinsichtlich der Bedarfsfeststellung und -ermittlung zwischen Agentur für Arbeit und den Jobcentern – § 6 Abs. 3 n.F. SGB IX .....	379
III. Verfahrensschritte bzw. Vorbereitungshandlungen im Verantwortungsbereich der Jobcenter .....	380
1. Erst- oder Folgegespräch des Kunden mit dem persönlichen Ansprechpartner im Rahmen des Fallmanagements .....	380
a) Gesetzliche Grundlagen der Beratungs- und Vermittlungsgespräche .....	381
b) Beratungskonzeption und Vier-Phasen-Modell als konzeptionelle Grundlage der Beratung bzw. der Beratungssituation und zur Durchführung eines Profilings .....	381
(aa) Kernelemente der Beratungskonzeption des SGB II und Bezug zu rehabilitations- und behinderungsbedingten Aspekten bei dem Leistungsberechtigten .....	382
(bb) Das Vier-Phasen-Modell der Integrationsarbeit .....	384
c) Potentialanalyse - § 15 Abs. 1 S. 1, S. 2 SGB II .....	385
(aa) Pflicht zur Durchführung einer Potentialanalyse – § 15 Abs. 1 S. 1 SGB II .....	385
(bb) Inhalt der Potentialanalyse – § 15 Abs. 1 S. 2 SGB II unter Einbindung von 4PM und BeKo .....	386
d) Die Potentialanalyse unter Zuhilfenahme von 4PM und BeKo im Kontext des § 13 SGB IX .....	387
2. Einschaltung der Fachdienste der Agentur für Arbeit – Ärztlicher Dienst und berufspsychologischer Service .....	389
a) Beauftragung der Fachdienste der Agentur für Arbeit und Inhalt der Fragestellungen .....	390
b) Der ärztliche Dienst der Agentur für Arbeit .....	392
c) Der berufspsychologische Dienst der Agentur für Arbeit .....	393
3. Zwischenergebnis .....	394
IV. Verfahrensschritte bei der Bedarfsermittlung und Bedarfsfeststellung im Verantwortungsbereich der Agentur für Arbeit .....	395
1. Die Begutachtung zur Feststellung eines (möglichen) Rehabilitationsbedarfs – § 17 SGB IX .....	396
a) Anwendbarkeit der Rechtsnorm auf die Jobcenter .....	396

b)	Regelungsgehalt von § 17 SGB IX .....	396
c)	Verfahren und Anforderungen an die Beauftragung von Sachverständigen .....	396
d)	Rechtsfolgen bei fehlendem Auswahlrecht .....	400
e)	Das Gutachten als Grundlage zur Bedarfsfeststellung .....	401
	(aa) Inhaltliche Anforderungen an das Gutachten .....	402
	(bb) Trägerübergreifende Bedarfsfeststellung im Rahmen der Begutachtung .....	403
	2. Zwischenergebnis .....	404
V.	Zwischenergebnis von Unterabschnitt D .....	404
E.	Auswahl von Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben .....	404
I.	Auswahlbezogene Aspekte des SGB I – insbesondere § 33 SGB I .....	405
1.	Ausgestaltung von Rechten und Pflichten – § 33 SGB I .....	405
2.	Die Ausgestaltung i.e.S. – § 33 S. 1 SGB I .....	406
	a) Rechte und Pflichten sowie Normadressat .....	406
	b) „nach Art“ oder „nach Umfang“ .....	406
	c) Rechte oder Pflichten „nicht im Einzelnen bestimmt“ .....	407
	d) Persönliche und örtliche Verhältnisse sowie Leistungsfähigkeit .....	407
3.	Wunsch- und Wahlrecht – § 33 S. 2 SGB I .....	408
	a) Normzweck .....	408
	b) „Angemessenheit“ des Wunsches .....	409
	c) Konkurrenz zwischen § 33 SGB I und § 8 SGB IX sowie Auswirkungen auf die Grundsicherung für Arbeitsuchende .....	411
II.	Auswahlbezogene Aspekte des SGB II und SGB III .....	414
1.	Auswahlgrundsatz – § 3 Abs. 1 SGB II .....	414
2.	Auswahlgrundsatz – § 3 Abs. 2 SGB II .....	415
3.	Anforderungen an die Auswahl der Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben im Sinne des § 112 Abs. 2 SGB III und Konkurrenz zu § 3 SGB II .....	416
	a) Eignung und Neigung .....	416
	b) Bisherige Tätigkeit .....	417
	c) Lage und Entwicklung des Arbeitsmarktes .....	418
4.	Grundsatz der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit – § 3 Abs. 1 S. 4 SGB II .....	419
5.	Zumutbarkeitsklärung einer Maßnahme zur Eingliederung in Arbeit – § 10 SGB II, insbesondere § 10 Abs. 3 SGB II .....	420
6.	Zwischenergebnis .....	422

III.	Auswahlbezogene Aspekte des SGB IX – Das Persönliche Budget.....	423
1.	Das Persönliche Budget – § 29 SGB IX.....	423
a)	Anwendbarkeit der Rechtsnorm auf die Jobcenter und Hinweispflicht.....	423
b)	Beteiligte Träger, einbezogene Leistungen und Verfahrensverantwortung .....	423
c)	Ausgestaltung des persönlichen Budgets – insbesondere Antrag, Form, Höhe und Inhalt .....	425
d)	Die Zielvereinbarung .....	426
2.	Zwischenergebnis .....	426
IV.	Zwischenergebnis Unterabschnitt E.....	427
F.	Die Teilhabeplanung und das Teilhabeplanverfahren .....	428
I.	Leistungsverantwortung bei Mehrheit von Rehabilitationsträgern, § 15 SGB IX .....	429
1.	Anwendbarkeit der Rechtsnorm auf die Jobcenter .....	429
2.	Systematische Zusammenhänge und Bedeutungsgehalt von § 15 SGB IX .....	429
3.	Teilweiterleitung bei zusätzlichem Rehabilitationsbedarf – § 15 Abs. 1 SGB IX.....	429
4.	Entscheidungsfristen und Mitteilungspflicht – § 15 Abs. 4 SGB IX.....	430
5.	Einschaltung weiterer Träger zur Bedarf feststellung – § 15 Abs. 2 SGB IX.....	430
6.	Konsensierte Leistungsbewilligung getrennt nach Zuständigkeit – § 15 Abs. 3 SGB IX.....	431
7.	Anwendungsfragen hinsichtlich der geteilten Trägerschaft zwischen Agentur für Arbeit und Jobcenter .....	432
8.	Zwischenergebnis .....	432
II.	Teilhabeplanverfahren – § 19 SGB IX.....	433
1.	Änderungen durch das Teilhabestärkungsgesetz und Anwendbarkeit der Rechtsnorm auf die Jobcenter .....	433
2.	Funktion und Ziel eines Teilhabeplans.....	434
3.	Voraussetzungen für die Erstellung eines Teilhabeplans – § 19 Abs. 1, Abs. 6, Abs. 2 S. 3 SGB IX .....	435
4.	Zuständigkeit und Frist für die Erstellung des Teilhabeplans – § 19 Abs. 1, Abs. 2, S. 1, 5 SGB IX .....	436
5.	Inhalte des Teilhabeplans – § 19 Abs. 2 S. 2 SGB IX.....	436
6.	Anpassung des Teilhabeplans – § 19 Abs. 3 S. 1, 2 SGB IX... ..	437
7.	Relevanz des Teilhabeplans für die Jobcenter .....	437

8. Zwischenergebnis .....	438
III. Die Teilhabeplankonferenz und die Einbeziehung der Jobcenter – § 20 SGB IX .....	439
1. Anwendbarkeit der Rechtsnorm auf die Jobcenter .....	439
2. Systematische Zusammenhänge und Regelungsgehalt .....	439
3. Durchführung der Teilhabeplankonferenz – § 20 Abs. 1 S. 1 und S. 2, Abs. 3 S. 3 SGB IX .....	440
4. Abweichen von dem Vorschlag zur Durchführung der Teilhabeplankonferenz – § 20 Abs. 1 S. 3 und Abs. 2 SGB IX .....	441
5. Teilnehmer an der Teilhabeplankonferenz – § 20 Abs. 3 SGB IX i.V.m. § 22 Abs. 3 S. 2 SGB IX n.F. .....	441
6. Datenschutzrelevante Aspekte bei der Teilhabeplanung zwischen Agentur für Arbeit und Jobcenter .....	442
IV. Die Eingliederungsvereinbarung über Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben – § 15 SGB II .....	443
1. Die Eingliederungsvereinbarung als zentrales Instrument aktiv kooperierender Eingliederungsbemühungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende und behinderte Leistungsberechtigte .....	443
2. Regelungsinhalte der Eingliederungsvereinbarung – § 15 Abs. 2 SGB II .....	445
a) Leistungen zur Eingliederung in Ausbildung und Arbeit – § 15 Abs. 2 S. 2 Nr. 1 SGB II .....	446
b) Konkretisierung von Eigenbemühungen des Leistungsberechtigten – § 15 Abs. 2 S. 2 Nr. 2 SGB II .....	447
c) Einbeziehung Leistungen anderer Leistungsträger – § 15 Abs. 2 S. 2 Nr. 3 SGB II .....	448
d) Vermittlung in Tätigkeiten oder Tätigkeitsbereiche – § 15 Abs. 2 S. 3 SGB II .....	448
3. Bedeutung der Eingliederungsvereinbarung als öffentlich-rechtlicher Vertrag für den Regelungsinhalt „Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben“ .....	450
4. Zwischenergebnis .....	451
V. Abgrenzung zwischen der Eingliederungsvereinbarung und dem Teilhabeplan .....	451
VI. Zwischenergebnis von Unterabschnitt F .....	452
G. Leistungsentscheidung durch das zuständige Jobcenter .....	453
I. Formelle Zuständigkeit für die Leistungsentscheidung über Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben .....	453

II.	Materielle Zuständigkeit für die Leistungsentscheidung über Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben .....	454
III.	Bindungswirkung der Bewilligung von Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben .....	455
IV.	Zwischenergebnis von Unterabschnitt H.....	456
H.	Sanktionsvorschriften des SGB II in Bezug auf die berufliche Rehabilitation .....	456
I.	Pflichtverletzung – § 31 SGB II .....	457
1.	Verfassungsrechtliche Rechtfertigung der Sanktionierung unter Bezugnahme auf das Sanktionenurteil des BVerfG v. 05.11.2019 .....	458
2.	Pflichtverletzungen durch Verweigerung arbeitsbezogener Obliegenheiten – § 31 Abs. 1 SGB II .....	459
a)	Minderung wegen Verstoßes gegen Obliegenheiten aus der Eingliederungsvereinbarung – § 31 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 SGB II .....	460
b)	Verweigerung zumutbarer Arbeit, Ausbildung, geförderter Arbeit, Arbeitsgelegenheit – § 16d, § 31 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 SGB II .....	461
c)	Nichtaufnahme/Abbruch einer Maßnahme zur Eingliederung in Arbeit – § 31 Abs. 1 S. 1 Nr. 3 SGB II....	463
d)	Wichtiger Grund – § 31 Abs. 1 S. 2 SGB II als Rechtfertigung für eine Pflichtverletzung .....	465
II.	Rechtsfolgen einer Verletzung von Obliegenheiten – §§ 31a, b SGB II .....	465
III.	Meldeversäumnis – § 32 SGB II.....	467
IV.	Zwischenergebnis von Unterabschnitt I .....	469
I.	Zusammenfassung Kapitel 9.....	470
<b>Kapitel 10: Resümee .....</b>	<b>475</b>	
A.	Zusammenfassung der Ergebnisse der Kapitel 1 bis 9 .....	475
B.	Beantwortung der Forschungsfragen .....	487
I.	Gelten die Regelungen des SGB IX und des BGG auch für behinderte Menschen im Rechtskreis SGB II, obwohl die Jobcenter keine Rehabilitationsträger sind? .....	487
II.	Ist die Behinderung als Rechtsbegriff für die Grundsicherung für Arbeitsuchende verbindlich? .....	488
III.	Ist das Vorliegen einer Behinderung ein Ausschlusskriterium für eine Leistungsberechtigung in der Grundsicherung für Arbeitsuchende? .....	489

IV.	Sieht das Sozialgesetzbuch II behinderungsspezifische Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts vor? .....	489
V.	Sieht das SGB II Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben für behinderte Leistungsberechtigte vor? .....	490
VI.	Ergeben sich Schnittstellenprobleme bzw. Anwendungsfragen im Verwaltungsverfahren einer beruflichen Rehabilitation aufgrund der geteilten Trägerschaft? .....	490
C.	Abgeleitete Thesen und Handlungsbedarfe .....	491
I.	Abgeleitete Thesen und Handlungsbedarfe für die Exekutive, respektive die Jobcenter .....	491
II.	Handlungsbedarfe für den Gesetzgeber de lege ferenda .....	492
D.	Ausblick .....	494
	Abbildungsverzeichnis .....	499
	Tabellenverzeichnis .....	501
	Literaturverzeichnis und Internetquellen .....	503